

Juliane Küchholz

Die Rosenrevolution in Georgien

Ausdruck der Demokratie oder ein von
den USA erkaufte Putsch?

49.3/2005

**ARBEITSPAPIERE
DES OSTEUROPA-INSTITUTS DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN**

ARBEITSSCHWERPUNKT POLITIK

Das Osteuropa-Institut der Freien Universität beschäftigt sich als multidisziplinäres regionalwissenschaftliches Zentralinstitut in Forschung und Lehre mit den Räumen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas.

Mit der Reihe „**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts**“ stellt der Arbeitsschwerpunkt Politik aktuelle Ergebnisse aus seiner Arbeit der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmäßiger Folge. Einzelne Papiere können gegen eine Schutzgebühr bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Garystr. 55
14195 Berlin
<http://www.oei.fu-berlin.de/>

Tel.: ++49 30 838 54058

52075

Fax: ++49 30 838 53616

**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts
der Freien Universität Berlin**
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft

Juliane Küchholz

**Die Rosenrevolution in Georgien –
Ausdruck der Demokratie oder ein
von den USA erkaufter Putsch?**

Heft 49.3/2005

© 2005 Juliane Küchholz
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft
Herausgeber: Klaus Segbers
Redaktion: Karin Pieper

ISSN 1434 – 419X

GLIEDERUNG

1.	Einleitung.....	6
2.	Politische Ausgangslage	8
2.1.	Georgiens Unabhängigkeit und der Weg in die Staatskrise	8
2.2.	Die Situation vor den Parlamentswahlen im Herbst 2003.....	9
3.	Die Parlamentswahlen vom 2. November 2003	11
3.1.	Unstimmige Wahlergebnisse	11
3.2.	Vorwürfe der Wahlfälschung	12
4.	Die „Rosenrevolution“	13
4.1.	Die Proteste.....	13
4.2.	Der Rücktritt Schewardnadses.....	14
4.3.	Der Machtwechsel	14
5.	Die „samtene Revolution“ – Ausdruck einer erstarkten Zivilgesellschaft und der Demokratie?.....	15
5.1.	Transformationscharakteristika	16
5.2.	Georgien – eine „defekte Demokratie“	16
5.3.	Zivilgesellschaften.....	18
5.4.	Die Rolle der Zivilgesellschaften in der Rosenrevolution.....	20
6.	Internationale Einflüsse auf Georgien	20
6.1.	Die Vorwürfe	20
6.2.	Westliche Demokratieförderung.....	22
6.2.1.	Unterstützung durch die Vereinigten Staaten	23
6.2.2.	Europäischer Einfluss	24
6.2.3.	Internationale Wahlbeobachtung.....	24
6.4.	Grenzen und Risiken der Demokratieförderung.....	25
7.	Fazit	26
8.	Ausblick.....	28
	LITERATURVERZEICHNIS	30

1. Einleitung

Georgien – das kleine Land im Südkaukasus erschien ganz plötzlich auf der internationalen Bühne. Am 23. November 2003 stürzte ein Staatsstreich den Präsidenten Eduard Schewardnadse. Was war geschehen?

Die Parlamentswahlen am 2. November 2003 verliefen nach einhelliger Meinung in- und ausländischer Beobachter undemokratisch. Während der Wahlen haben zwei Gruppen – die *International Society for Fair Elections* und *The Global Strategy Group* – an den Wahllokalen alternative Wählerbefragungen¹ durchgeführt. Nach den vorläufigen Ergebnissen, die von der staatlichen Wahlkommission vorgelegt wurden, hätten die Regierungsparteien die Wahlen gewonnen. Die beiden parallelen Umfragen zeigten jedoch einen Sieg der Oppositionsparteien. Der daraufhin massiv vorgetragene Fälschungsverdacht bei den Parlamentswahlen war schließlich der Auslöser der so genannten „Rosenrevolution“: Es kam zu Massendemonstrationen unter Führung der Opposition, die am 22./23. November 2003 die konstituierende Sitzung des Parlaments stürmten.² Präsident Eduard Schewardnadse versuchte noch die Opposition mit Ausrufung des „Ausnahmestandes“ zu zerschlagen, letztendlich kulminierten aber die Ereignisse mit der Abdankung Schewardnadses am 23. November 2003.³ Weil es nicht zu Gewalttätigkeiten kam, sprach die Opposition von einer „samtenen Revolution“ oder nach dem Symbol der Oppositionsgruppen auch „Rosenrevolution“. Die neu ausgeschriebenen Wahlen gewannen die Oppositionskräfte Anfang 2004 mit sehr großem Vorsprung.

Für das kleine Land im Kaukasus war es ein historischer Augenblick: Präsident Eduard Schewardnadse tritt zurück und überlässt die Macht den drei jüngeren Politikern, Michail Saakaschwili, Nino Burdschanadse und Surab Schwania. Der als „Rosenrevolution“ bezeichnete Machtwechsel im November 2003 war eine Mischung aus Spontanität und sorgfältiger Vorbereitung. Die westlichen Medien haben diesen Wechsel sehr wohlwollend kommentiert. Aber es gibt auch andere Stimmen. So berichtete das *Wall Street Journal* am 24. November 2003: „Hinter den drei Politikern [Saakaschwili, Burdschanadse und Schwania] stehen zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen [...], die seit dem Untergang der Sowjetunion entstanden sind. Viele dieser NGOs werden von Stiftungen aus Amerika und anderen westlichen

¹ Um der Lesbarkeit der Hausarbeit Rechnung zu tragen, verzichte ich im Folgenden auf die sprachliche geschlechtsspezifische Differenzierung, hier Wähler und Wählerinnen.

² Serhsen, 3.11.2003.

³ Radio Free Europe/ Radio Liberty, 23.11.2003.

Ländern unterstützt, die eine Klasse junger, englisch-sprachiger Intellektueller hervorbringen, die pro-westliche Reformen herbeisehnen.“⁴ Glaubt man dem *Guardian*-Artikel vom 6. Dezember 2003 und anderen Medien waren der Aufstand und der Machtwechsel in Georgien vor allem ein vom Westen organisierter Putsch, als „ein gut geplantes Drama mit Saakaschwili als von den Amerikanern ausgewähltem Hauptdarsteller“, bei dem die Georgier lediglich als Statisten oder Gäste einer gigantischen Straßenfete mitwirkten.⁵

Solche Vorwürfe wiegen schwer. Die vorliegende Arbeit wird sich deshalb mit der georgischen „Rosenrevolution“ auseinandersetzen. Das Problem, welches hauptsächlich diskutiert werden soll, kann mit folgender Frage formuliert werden: War die „Rosenrevolution“ Ausdruck der erstarkten Zivilgesellschaft und der fortgeschrittenen demokratischen Transformation in Georgien oder tatsächlich ein „erkaufter“ Putsch „Made in USA“?

Im ersten Teil der Arbeit soll die politische Ausgangslage Georgiens vor der Rosenrevolution skizziert werden. Schewardnadse war mehr als eine Dekade lang die zentrale Figur der georgischen Politik. Es wird zu zeigen sein, dass die Ursachen für seinen Sturz in der Politik des Präsidenten selbst zu finden sind. In den Kapiteln drei und vier werden die objektiven Geschehnisse während der Parlamentswahlen im November 2003 und die politischen Ereignisse, die letztendlich zum Machtwechsel in Georgien führten, zusammengefasst. Im darauffolgenden Abschnitt wird der Transformationsprozess Georgiens analysiert. In diesem Zusammenhang sollen die These von Georgien als „defekte Demokratie“ und die Rolle von Zivilgesellschaften in Transformationsprozessen diskutiert werden. Die Vorwürfe, die Rosenrevolution sei ein vom Westen erkaufter Putsch gewesen, führen zu der Frage, welche Rolle internationale Einflüsse auf den Demokratisierungsprozess eines Landes spielen. Am Beispiels Georgien werden die Unterstützung durch die Vereinigten Staaten und der Europäischen Union skizziert. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf der internationalen Wahlbeobachtung liegen, an der die Grenzen und Risiken westlicher Demokratieförderung deutlich werden. Abschließend soll bewertet werden, ob die „Rosenrevolution“ entweder das Resultat der erstarkten Zivilgesellschaft in einem fortschreitenden Demokratisierungsprozess Georgiens, oder ein vom Westen bzw. den USA gelenkter Machtwechsel war.

⁴ The Wall Street Journal, 24.11.2003.

⁵ Keatley, 6.12.2003.

2. Politische Ausgangslage

2.1. Georgiens Unabhängigkeit und der Weg in die Staatskrise

Zu Beginn der 1990er Jahre unternahm Georgien den schwierigen Aufbruch in die Unabhängigkeit. Mit der Unabhängigkeitserklärung Georgiens folgten über zwei Jahre Bürgerkrieg, in Abchasien und Südossetien kam es zu Sezessionskriegen.⁶ Georgiens erster Präsident Swiad Gamsachurdia „wollte als der große Zerstörer des kommunistischen Systems in die Geschichte eingehen.“⁷ Als seine Innenpolitik zunehmend sprunghafte und autoritäre Züge annahm, wurde er jedoch durch einen Militärputsch am 22. Dezember 1991 abgelöst.⁸ Im November 1992 wurde Eduard Schewardnadse zum Parlamentspräsidenten und zum „Staatsoberhaupt“ ausgerufen. Es gelang ihm nach und nach, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Georgien wieder zu stabilisieren. Mit dem „Einfrieren“⁹ der zwischenzeitlich aufgebrochenen Konflikte in Süd-Ossetien und Abchasien, der Niederschlagung des Aufstandes der Anhänger Gamsachurdias gegen Schewardnadse, beruhigte sich die innenpolitische Situation, zumal sich mit der Einführung einer neuen Währung auch eine wirtschaftliche Erholung des Landes¹⁰ abzuzeichnen begann. Durch Schewardnadses politische Arbeit, vor allem aber durch sein internationales Prestige, konnte sich Georgien bald aus seiner internationalen Isolation befreien.¹¹

In den letzten Jahren der Amtszeit Schewardnadses versank das Land jedoch mehr und mehr in einen Zustand völliger Lähmung. Die Attentate auf Schewardnadse 1995 und 1998 und kurze militärische Revolutionen in den Jahren 1999 und 2001 machten deutlich, wie schwach die politische Stabilität im Land war. Die finanzielle Krise seit 1998 machte auf eine ganze Reihe wirtschaftlicher Versäumnisse aufmerksam und trotz der deklarierten Demokratisierungsfortschritte wurden Rechte und Freiheiten oft verletzt. Während der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 1999/2000 und der Kommunalwahlen 2002 waren viele Gesetzesverstöße zu verzeichnen.

⁶ Beide Bevölkerungsgruppen, Abchasen als auch Osseten beanspruchen für sich und ihr Gebiet das Recht auf Selbstbestimmung und Eigenständigkeit gegenüber Georgien, das wiederum auf seiner staatlichen Souveränität besteht.

⁷ Napiontek 1998, 19.

⁸ Ausführlich zum sogenannten „Weihnachtskrieg“ Gelaschwili 1993, 132 ff.

⁹ Im positiven Sinne bedeutet dies die Umwandlung kriegerischer Auseinandersetzungen in einen Zustand, in dem „weder Krieg noch Frieden“ herrscht: die Phase militärischer Auseinandersetzungen wurde zwischen 1992 und 1994 durch Waffenstillstandsabkommen beendet.

¹⁰ Vgl. Napiontek 1998, 26 ff.

¹¹ Schewardnadse unterschrieb eine strategische Partnerschaft mit der NATO, fand Aufnahme im Europarat und erklärte den Wunsch, sowohl der NATO wie der Europäischen Union beitreten zu wollen. Die USA wurden zum stärksten Geberland Georgiens für wirtschaftliche und militärische Hilfen. Das führte wiederum zu Spannungen mit Russland, das Georgien nach wie vor als sein Einflussgebiet betrachtet.

Der wachsende Vertrauensschwund der Bevölkerung in die politische Führung wurde bereits in der Regierungskrise im Herbst 2001 offenbar.¹² Nach dem 11. September 2001 war das Vertrauen in die Sicherheitsorgane durch ständige Meldungen über terroristische „Banditenenklaven“ wie das Pankisi-Tal¹³ und Spekulationen über die Verwicklung der Innen- und Sicherheitsministerien in korrupte Geschäfte auf den Nullpunkt gesunken.¹⁴ Es kam zu heftigen Protesten und zahlreichen Straßendemonstrationen als staatliche Sicherheitsorgane versuchten, den regierungskritischen Fernsehsender *Rustawi 2* zu erstürmen.¹⁵ Immer wieder hatte der unabhängige Sender über Korruption in den Reihen der georgischen Regierung berichtet. Diese Regierungskrise im Herbst 2001 mündete schließlich in der Entlassung der gesamten Regierung und der Bildung eines neuen Kabinetts. Die Straßendemonstrationen im Herbst 2001 in Tiflis verdeutlichten den Legitimitätsverlust des Regimes in der Bevölkerung, der hauptsächlich aus der enormen Korruption in der Regierung herrührte.

2.2. Die Situation vor den Parlamentswahlen im Herbst 2003

Kennzeichnend für die politische Situation Georgiens vor den Parlamentswahlen im Herbst 2003 war folglich ein dramatischer wirtschaftlicher Niedergang, der zur Verarmung breiter Bevölkerungskreise geführt hatte, eine extrem hohe Außenverschuldung, regelmäßige Wahlfälschungen sowie eine weit verzweigte Korruption, in der ein Großteil der regierenden politischen Eliten unmittelbar involviert war. Bezeichnend für das Ausmaß der Korruption ist eine Aussage des von November 2003 bis Juni 2004 amtierenden Innenministers Baramidse über den Zustand seines Ressorts bevor er dessen Führung übernahm: „Jede Beziehung innerhalb des Ministeriums und alle Beziehungen zwischen dem Ministerium und der Öffentlichkeit basierten auf Korruption ... Dieses Ministerium war in das Drogengeschäft, in Waffenschmuggel, in die Protektion von Kriminellen, in Erpressungs- und Entführungsfälle¹⁶ verwickelt.“

¹² Schon 1998 hatten bei einer USAID-Umfrage 75 Prozent der Befragten vor allem den für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Organen das Misstrauen ausgesprochen, vgl. Ladwein 2001, 15 f.

¹³ Vgl. Alexandrova 2003, 298. Zu den Vorwürfen, dass sich Kämpfer von Al-Qaida und Bin Laden im Pankisi-Tal aufhielten vgl. Peuch, 27.02.2002.

¹⁴ Laut einer im Jahre 2002 weltweit durchgeführten Studie gehörte Georgien zu den fünf Ländern, in denen die Bevölkerung ihrer Regierung am wenigsten Vertrauen schenkte, vgl. Huber 2004, 40.

¹⁵ Rund 5.000 Menschen gingen unter Führung des früheren Justizministers Michail Saakaschwili auf die Straße und forderten eine Ablösung des Präsidenten. Schewardnadse musste nachgeben und entließ seinen Innenminister und den Geheimdienstchef, vgl. Manutscharjan 2003a, 7.

¹⁶ Stier, 19.12.2003.

Ausländische, aber auch georgische Analysten behandelten das Land in wachsendem Maße als „failing state“¹⁷. Die Kaukasusrepublik zerfiel praktisch in einen Rumpf und drei Regionen mit unterschiedlich starken Unabhängigkeitsbestrebungen.¹⁸ Mit dem militärischen Beistand Russlands gelang zunächst den Osseten, wenig später den Abchasen die Loslösung von Tiflis. Mehr als 100.000 Menschen kamen seinerzeit während der Kämpfe ums Leben.

Die Auslandsschulden des Landes summierten sich auf 1,7 Mrd. US\$, wovon 40% von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond (IWF) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gehalten wurden. Die verbleibenden 60% der Auslandsschulden verteilten sich auf bilaterale Vereinbarungen mit anderen GUS-Staaten.¹⁹ In den letzten Monaten des Jahres 2003 war Georgien nicht mehr in der Lage gewesen, die fälligen Raten bei der Rückzahlung dieser Schulden zu begleichen. Im Mai 2003 erklärte der IWF seine Besorgnis, dass sich Georgien „am Rande des Bankrotts“ befinde und forderte wiederholt Haushaltskürzungen von der georgischen Regierung.²⁰ Korruption wurde in diesem Zusammenhang nicht als Mangel, sondern als „das allen Institutionen zu Grunde liegende Rationalitätsprinzip“ behandelt.²¹ Im September 2003 for der IWF die Gelder für Georgien letztendlich ein und gab damit ein deutliches Signal an die internationalen Finanz- und Wirtschaftskreise und verstärkte gleichfalls den Druck auf das Land.

Von den Parlamentswahlen im November 2003 erhoffte sich die Bevölkerung einen politischen Neuanfang.²² Aus Protest dagegen, dass der Präsident an korrupten Funktionsträgern festhielt, hatten die „jungen Reformer“ in Schewardnadses näherer Umgebung, der Parlamentspräsident Surab Schwania und der damalige Justizminister Michail Saakaschwili ihren Rücktritt eingereicht.²³ Diese ehemaligen Mitstreiter Schewardnadses bildeten seit 2001 die Spitze einer wachsenden Opposition. Bereits im Jahr 2002 hatte sich die politische Opposition in zwei neuen Parteien formiert, der *Nationalen Bewegung*²⁴ des früheren Justizministers Michail Saakaschwilis und den *Vereinigten Demokraten*²⁵ Surab Schwantias. Diese Opposition kündigte im Vorfeld der Wahlen an, nicht noch einmal eine Manipulation der Wahlergebnisse

¹⁷ Näher dazu: Halbach 1994.

¹⁸ Näher zu Moskaus Machtpolitik innerhalb der Sezessionsbestrebungen vgl. Bernath, 9.07.2004.

¹⁹ Länderinformation von USAID zu Georgien, 2002.

²⁰ RUSNET, 24.05.2003.

²¹ Christophe 2000, 73.

²² Manutscharjan 2003a, 20.

²³ Dasselbe tat Nino Burdschanadse, die seit Ende 2001 Parlamentspräsidentin gewesen war und nach dem 22. November 2003 als interimistische Staatspräsidentin fungierte.

²⁴ Dieset 2004, 3.

²⁵ Dieset 2004, 4.

zugunsten der herrschenden Elite hinnehmen zu wollen. Dass die Opposition handeln und den Wahlbetrug nicht hinnehmen würde, konnte Kenner der innenpolitischen Lage Georgiens deshalb nicht überraschen.²⁶ Vielmehr hatten sie erwartet, dass die Opposition einschreiten und ein Weiterregieren der korrupten Führung verhindern werde. Dennoch war aufgrund der skeptischen Einstellung eines erheblichen Teils der Bevölkerung²⁷ gegenüber den in den Intrigen verstrickten politischen Parteien und der Zersplitterung der oppositionellen Kräfte nicht klar, ob es den Oppositionsparteien gelingen würde, sich als eine schlagkräftige politische Einheit gegenüber Schewardnadse und den von ihm unterstützten Wahlverein *Für ein Neues Georgien*²⁸ durchzusetzen.

Kennzeichnend für die politische Situation vor den Parlamentswahlen war auch die Diskussion über ein Wahlgesetz, das demokratische Wahlen sicherstellen sollte. Der Mangel an demokratischen Traditionen hatte in den vorangegangenen Wahlen immer wieder Zweifel am korrekten Ablauf der Stimmenauszählung hervorgerufen.²⁹ Das bislang existierende Wahlgesetz wurde deshalb vor der Wahl im November 2003 geändert. Nach langwierigen Verhandlungen, in die sich der frühere amerikanische Außenminister James Baker als Vermittler eingeschaltet hatte³⁰, und durch politischen Druck seitens der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)³¹ konnte so eine Wahlkommission gebildet werden, bei der keine der großen politischen Gruppierungen benachteiligt war.³²

3. Die Parlamentswahlen vom 2. November 2003

3.1. Unstimmige Wahlergebnisse

Insgesamt 21 Parteien und Wahlbündnisse hatten sich am 2. November 2003 um die 235 Parlamentssitze beworben.³³ Davon entfielen 150 Mandate auf die Parteien, welche die Sieben-Prozent-Sperrklausel überwinden konnten. Außerdem wurden 85 Sitze an direkt gewählte Abgeordnete vergeben. Trotz des neuen Wahlgesetzes kam es bei den Parlamentswahlen zu Unregelmäßigkeiten, die das Wahlergebnis verfälschten. Etwa 23 Prozent der Wähler waren in die Wahllisten nicht eingetragen, viele Leute mussten deshalb in den langen Warteschlan-

²⁶ So Manutscharjan 2003a, 26.

²⁷ Näher Dornblüth, 16.12.2004.

²⁸ Näher zu diesem Wahlbündnis Dieset 2004, 2.

²⁹ Vgl. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte 1999.

³⁰ Internationale Gesellschaft für Menschenrechte 1999, 8.

³¹ Vgl. OSZE 2003, 94, 100 ff.

³² Zur Kritik an der Überrepräsentation der Regierungsparteien in diesen Kommissionen, vgl. Stellungnahme der Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vor den Wahlen in Georgien, 27.02.1004.

³³ Dieset 2004, 2.

gen umsonst ausharren.³⁴ Bereits während des Wahlkampfes mussten die Oppositionsparteien gravierende Behinderungen hinnehmen. So entdeckten ihre Wahlhelfer Tausende „toter Seelen“³⁵ in den Wählerlisten.

Nach den Angaben der Zentralen Wahlkommission trug das Regierungsbündnis *Für ein neues Georgien* mit 23,1 Prozent der Stimmen den Sieg davon. Die *Nationale Bewegung* von Michail Saakaschwili folgte mit 21 Prozent, die *Labourpartei* mit 15,1 Prozent, die *Union der demokratischen Wiedergeburt* erreichte 9,7 Prozent und das Wahlbündnis *Burdschanadse-Demokraten* lediglich 8,4 Prozent. Nach Ergebnissen einer parallelen Stimmenauszählung allerdings, die von der Nichtregierungsorganisation *Internationale Gemeinschaft für faire Wahlen und Demokratie (Fair Elections)*³⁶ durchgeführt wurde, lag dem Ergebnis der Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht mit 26,6 Prozent der Stimmen die *Nationale Bewegung* vor dem Regierungsbündnis *Für ein neues Georgien*, das 18,92 Prozent der Wählerstimmen erhielt.³⁷ Von den internationalen Wahlbeobachtern in Georgien, Experten von OSZE/ODIHR, des Europaparlaments und des Europarats, wurden noch am Wahltag Unstimmigkeiten bei den Wahlen deklariert.³⁸

3.2. Vorwürfe der Wahlfälschung

Scheinbar unberührt von diesen Unstimmigkeiten zeigte sich Eduard Schewardnadse zufrieden mit der „demokratischen Atmosphäre“ während des Wahlkampfes und am Wahltag selbst. „Diese Wahlen waren im Vergleich zu den bisherigen die freiesten, gerechtesten und transparentesten“, sagte der georgische Präsident in seinem traditionellen Radiointerview im ersten Kanal des Staatlichen Rundfunks Georgiens. „Ich bin mit den Ergebnissen wirklich zufrieden. Es gab Verstöße, Ungenauigkeiten in den Wählerlisten sowie Gewalt und Einschüchterung. Einige Abgeordneten kandidierten verletzt das Gesetz und wandten Gewalt an, was empörend ist. Aber das reale Ergebnis wird von einzelnen konkreten Verstößen nicht verändert“, sagte Eduard Schewardnadse.³⁹ Dagegen zeigten sich die offiziellen Wahlbeobachter der OSZE „schockiert“ und „enttäuscht“.⁴⁰ Die OSZE-Mission stellte abschließend fest, dass die Wahlen „den Anforderungen mehrerer OSZE-Verpflichtungen und internationa-

³⁴ Vgl. Czerwick, Rzcziladze 2004: 85.

³⁵ Die Opposition beschwerte sich im Vorfeld, es gebe in Georgien 2,5 Millionen Wahlberechtigte, die Regierung habe aber 3,1 Millionen Wahlscheine drucken lassen. Vgl. Quiring, 3.11.2003. Vgl. auch Kleymann, 2.11.2003.

³⁶ Siehe Einleitung, 3.

³⁷ Deutsche Welle 2003, 7.

³⁸ Zur Auflistung der Unstimmigkeiten durch die Election Observer Mission (EOM) der OSZE, vgl. Dieset 2004, 12.

³⁹ Deutsche Welle 2003, 7.

⁴⁰ Ein österreichischer Wahlbeobachter der OSZE schildert seine Eindrücke: Jandl, 15.11.2003.

len Standards für demokratische Wahlen nicht genügten“⁴¹. „Das georgische Volk hat bessere Wahlen verdient als diese“, lautete auch das Urteil der eigens angereisten Delegierten des Europarates. Tiflis musste eine Woche nach dem Urnengang „begrenzte Wahlfälschungen“ eingestehen.⁴²

4. Die „Rosenrevolution“

4.1. Die Proteste

Mit diesem „unstimmigen“ Wahlergebnis konnten und wollten sich die Führer der Oppositionsparteien nicht zufrieden geben. Die *Nationale Bewegung* mit Michail Saakaschwili, die *Vereinigten Demokraten* Surab Schwanias und die *Burdschanadse-Demokraten* schlossen ein oppositionelles Bündnis⁴³ und mobilisierten ihre Anhänger in Tiflis zu umfangreichen Protestaktionen gegen das Wahlergebnis. Am 4. November 2003 fand vor dem Rathaus der Hauptstadt eine Kundgebung der Opposition statt, an der sich Tausende von Menschen beteiligten. Nino Burdschanadse beschreibt die Ereignisse im November: „Ich war ergriffen, als ich vor dem Parlamentsgebäude 50.000 Menschen stehen sah. Das ist viel für ein kleines Land mit nicht ganz 5 Millionen Einwohnern! Viele von ihnen standen Tag und Nacht da draußen, bei Kälte und Regen.“⁴⁴ Die Demonstranten forderten von der Staatsmacht, gerechte Ergebnisse der Parlamentswahl zu veröffentlichen. Oppositionsführer und Anhänger forderten, den Sieg der Opposition bei der Parlamentswahl am 2. November 2003 anzuerkennen.⁴⁵

Nachdem von Schewardnadse und hohen Regierungsvertretern diese Forderung der Opposition – ebenso wie ihre Forderungen nach einer Wiederholung der Wahlen – abgelehnt wurden⁴⁶, richtete sich der Protest der Opposition gegen den Präsidenten Schewardnadse selbst, der zum sofortigen Rücktritt aufgefordert wurde.⁴⁷ Der Staatspräsident suchte nach Verbündeten. Er reiste zu seinem politischen Rivalen Aslan Abaschidse, Präsident der separatistischen Teilrepublik Adscharien. Dessen Partei *Union der Demokratischen Wiedergeburt* war bei den Wahlen landesweit zur zweitstärksten Kraft geworden, weil sie allein in Adscharien 95 Pro-

⁴¹ Zitiert nach OSZE 2003, 101. Vgl. auch Dieset 2004, 1.

⁴² Der georgische Außenminister Iraklij Menagarischwili bestätigte bei seinem Arbeitsbesuch in Berlin „Unregelmäßigkeiten“, vgl. Manutscharjan 2003a, 22. Auch die Vorsitzende des georgischen Parlaments, die Führerin des oppositionellen Wahlbündnisses „Burdschanadse–Demokraten“, Nino Burdschanadse, hat der Staatsmacht vorgeworfen, die Parlamentswahlen zu fälschen. Vgl. Deutsche Welle 2003, 8.

⁴³ Manutscharjan 2003a, S. 23.

⁴⁴ Zitiert nach OSZE 2003, 100.

⁴⁵ Deutsche Welle 2003, 9.

⁴⁶ Ausführlich zu den Protesten und gescheiterten Dialogen zwischen Regierung und Opposition, Deutsche Welle 2003, 7 ff.

⁴⁷ Deutsche Welle 2003, 23.

zent aller Stimmen bekommen hatte. Mit ihrer Hilfe hätte Schewardnadses Partei im neuen Parlament die Regierung stellen können. Obwohl Abaschidse ihm Hilfe gewährte⁴⁸, musste er nach weiteren massiven Protesten zurücktreten.⁴⁹

4.2. Der Rücktritt Schewardnadses

Unter den Augen der nationalen und internationalen Medien stürmten die Anhänger der Opposition am 22. November 2003 das Parlament und verhinderten, dass die konstituierende Sitzung des Parlaments stattfinden konnte.⁵⁰ Unmittelbar nach der Erstürmung des Parlaments hatte Michail Saakaschwili in die aufgebrachte Menge gerufen: „Wir machen eine sanfte Revolution.“ Sein Sprecher, der in Georgien bekannte Filmregisseur Eldar Schengelaja, sprach gar von einer „Revolution der Rosen“. Bei der Erstürmung des Parlaments und auch auf den Straßen der Hauptstadt hatten die Demonstranten stets langstielige rote Rosen mit sich getragen.⁵¹

Am Sonntag, den 23. November 2003, stellte die Opposition Schewardnadse ein Ultimatum: Entweder der Präsident tritt zurück oder die Demonstranten würden ihn aus seiner Residenz jagen. Der Präsident erklärte sich bereit, die „Forderung des Volkes“ zu akzeptieren⁵² und erklärte am Abend seinen Rücktritt. Eduard Schewardnadse sagte: „Ich habe meine Heimat nie verraten, und eben deswegen gehe ich, damit kein Blut vergossen und alles friedlich abgeschlossen wird.“⁵³

4.3. Der Machtwechsel

Nach dem Sturz Schewardnadses wurde in Georgien die Macht von Michail Saakaschwili, Nino Burdschanadse und Surab Schwania übernommen. Sie einigten sich auf eine enge politische Zusammenarbeit, wobei Saakaschwili in Zukunft das Amt des Präsidenten, Schwania das Amt des Ministerpräsidenten und Burdschanadse das der Parlamentspräsidentin übernehmen sollte. Der neuen Führung wünschte Schewardnadse Erfolg. „Das sind junge, gebildete, talentierte Leute.“ Ihnen fehle lediglich die Erfahrung in Staatsgeschäften. „Ich bin bereit, ihnen mit meinem Rat zu helfen. Aber ich bin mir nicht sicher, daß dieser Rat immer nötig ist.“⁵⁴

⁴⁸ Als Ergebnis des Besuchs organisierten Abaschidse und die Parteigänger Schewardnadses in Tiflis eine Kundgebung für den Präsidenten. Vgl. Manutscharjan 2003a, 20.

⁴⁹ Spiegel Online, 30.11.2003.

⁵⁰ Deutsche Welle 2003, 26 f.

⁵¹ Manutscharjan 2003a, 25.

⁵² Ausführlicher zu den Ereignissen vgl. Mesurnischwili, Koplatadse 2003; Deutsche Welle 2003, 24 ff.

⁵³ Zitiert nach Mesurnischwili / Koplatadse 2003.

⁵⁴ Zitiert nach Wehner, 1.12.2003.

Am 25. November 2003 annullierte das Oberste Gericht Georgiens einen wesentlichen Teil der Parlamentswahlen. Die infolge des Rücktritts von Präsident Schewardnadse notwendig gewordenen Wahlen zum obersten Staatsamt fanden am 4. Januar 2004 weitgehend ordnungsgemäß statt, allerdings ohne nennenswerte Konkurrenz⁵⁵ für den populären Anführer der Massenproteste vom November, Michail Saakaschwili. Er gewann die Wahlen mit rund 96% der abgegebenen Stimmen und wurde am 25. Januar 2004 in sein Amt als neuer Staatspräsident eingeführt. Am 28. März 2004 fand die Nachwahl für die von der Annullierung der Parlamentswahl vom 2. November 2003 betroffenen Sitze statt. Wahlkampf und Wahldurchführung stellten nach einhelliger Meinung internationaler Beobachter einen weiteren großen Fortschritt für die georgische Demokratie dar.⁵⁶

Die einstige Opposition und heutige Regierung repräsentiert also den westlich beeinflussten Teil der Gesellschaft. „Saakaschwili steht für eine breite Schicht der städtischen Gesellschaft, die von der starren, sowjetisch geprägten Bürokratie die Nase voll hat und Georgien nach Europa führen will.“⁵⁷ Die neu gewählte Regierung setzt große Hoffnungen in die Freundschaft mit westlichen Staaten, besonders mit den USA und mit der Bundesrepublik Deutschland. Saakaschwili kündigte an, Georgien nach westlichem Vorbild in eine Demokratie zu wandeln und umfassende Wirtschaftsreformen durchzuführen.⁵⁸ Außerdem werde er „mit der gigantischen Korruption aufräumen, er werde die chaotischen Staatsfinanzen in Ordnung bringen, er werde die Nation auf den Weg in die Europäische Union bringen, er werde die russischen Militärstützpunkte abschaffen, er werde das Problem der seit zehn Jahre andauernden Sezession der Abchasen angehen.“⁵⁹ Georgien möchte Mitglied der EU und der Nato werden.

5. Die „samtene Revolution“ – Ausdruck einer erstarkten Zivilgesellschaft und der Demokratie?

Waren die Demonstrationen und Proteste nach der Wahl im November 2003 und folglich die „Rosenrevolution“ Ausdruck einer aus Unzufriedenheit heraus erstarkten Zivilgesellschaft und des fortschreitenden Demokratisierungsprozesses? Um diese Frage beantworten zu können, muss zunächst analysiert werden, wie weit die demokratische Transformation Georgiens

⁵⁵ So auch u.a. die Einschätzung Czerwick, Rzchiladze, 86.

⁵⁶ Czerwick, Rzchiladze, 86 f.

⁵⁷ Zitiert nach Cheterian, 16.1.2004.

⁵⁸ Hans, 26.11.2003.

⁵⁹ Zitiert nach Ascherson, 8.04.2004.

vorangeschritten ist und welchen Anteil die georgische Zivilgesellschaft an dem Machtwechsel hatte.

5.1. Transformationscharakteristika

Noch vor den ersten freien Wahlen 1990 war das erklärte politische Ziel der georgischen Unabhängigkeitsbewegung die Errichtung eines freien und demokratischen Rechtsstaates. Mit der Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit und vor allem nach dem offiziellen Ende der Sowjetunion wurde das Ziel der Souveränität erreicht. Die Umgestaltung eines autoritären kommunistischen Regimes zu einer funktionierenden Demokratie war und ist hingegen weitaus schwieriger, langwieriger und mit einer Fülle von Problemen verbunden.

Bei der Analyse von Demokratisierungsprozessen ist es generell wichtig, eine Unterscheidung zwischen Übergang (Transition) und Konsolidierung vorzunehmen. Dabei bezieht sich der Begriff der Transition auf den Wechsel von einer autoritären hin zu einer auf freien Wahlen beruhenden repräsentativen Regierungsform. Konsolidierung meint das Stadium, in dem demokratische Vereinbarungen stabilisiert und ihre Institutionen verankert werden. Im Kontext der Konsolidierung kann es aber auch, obwohl ein Wandel hin zur Demokratie vollzogen wurde, zu ernsthaften Rückschlägen und Umkehrprozessen kommen.⁶⁰

Wie alle postsowjetischen Staaten hat auch Georgien mit dem Problem zu kämpfen, dass der Aufbau von demokratischen Strukturen, die Transformation zu einem marktwirtschaftlichen System und die Prägung einer eigenständigen nationalen Mentalität der Bevölkerung, die über Jahrhunderte unter der Herrschaft anderer gelebt hatte, gleichzeitig und in historisch kurzer Zeit durchgeführt werden müssen. Dieser politische Transformationsprozess war in Georgien von Anfang an geprägt von gewaltsamen Turbulenzen und auffälligen Widersprüchen.

5.2. Georgien – eine „defekte Demokratie“

Besonders interessant für die Beschäftigung mit Georgien ist die Hypothese der „potemkinischen Demokratie“⁶¹ bzw. der „defekten Demokratie“⁶². In dieser wird davon ausgegangen, dass die postkommunistischen Regime Osteuropas keine Demokratien im westlichen Sinne darstellen, sondern in verschiedenen Weisen „defekt“ sind. Defekte Demokratien dürfen dabei aber nicht als autoritäre Regime mit demokratischem Anstrich missverstanden werden, sie

⁶⁰ Vgl. Sharman, Kanet 1998: 1072.

⁶¹ Vgl. King 2001, 93-104.

⁶² Vgl. Croissant, Thiery 1999: 20.

weisen sehr wohl demokratische Regelsysteme auf, entsprechen aber nicht den Standards eines liberal-demokratischen Verfassungsstaates.⁶³

„Defekte Demokratien sind Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines bedeutsamen und wirkungsvollen universellen ‚Wahlregimes‘ (freie, geheime, gleiche und allgemeine Wahlen) zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, gleichzeitig aber signifikante Einschränkungen der Funktionslogik von Institutionen zur Sicherung grundlegender politischer und bürgerlicher Partizipations- und Freiheitsrechte, Einschränkungen der horizontalen Gewaltkontrolle oder Einschränkungen der effektiven Herrschaftsgewalt demokratisch legitimierter Autoritäten aufweisen.“⁶⁴

Formal war der Wandel vom autoritären zum demokratischen Regierungssystem im postkommunistischen Georgien spätestens mit der Wahl Schewardnades zum Staatsoberhaupt 1995 (und damit der Entscheidung für ein präsidentielles Regierungssystem) vollzogen. Das Land hat bei der Transformation der politischen Ordnung insbesondere in der Dimension der formalrechtlichen Verankerung demokratischer Strukturen seitdem unbestreitbare Fortschritte vorzuweisen. So waren beispielsweise auf der formalrechtlichen Ebene die Prinzipien demokratischer Wahlen hinreichend verankert. Probleme bestanden allerdings bei der Implementierung dieser Grundsätze. Die Wahlgesetze wurden vor jeder Wahl verändert und waren regelmäßig Gegenstand harter innenpolitischer Auseinandersetzungen. Nationale und internationale Beobachter kritisierten wiederholt die Dominanz von Vertretern der Exekutive in den Wahlkommissionen und mangelnde Transparenz bei der Erstellung der Wählerregister sowie bei der Aggregation der Stimmen in den regionalen Wahlkommissionen.⁶⁵ Die erwähnten Charakteristika einer „defekten Demokratie“ sind in Georgien damit eindeutig identifizierbar.

Die demokratische Entwicklungstendenz in den letzten Jahren der Schewardnadse-Ära lässt sich außerdem als regressiv beschreiben. Trotz personeller Kontinuität in den wesentlichen politischen Führungspositionen dominierte seit 1998 eindeutig ein Trend zu fortschreitender Desintegration und Destabilisierung. Die Probleme des Landes wurden zudem durch die willkürliche Handhabung staatlicher Gewaltmittel und durch Korruption verschärft. Georgien befand und befindet sich also in einem langwierigen Demokratisierungsprozess, dessen Ver-

⁶³ Vgl. Croissant, Thierry 1999: 20.

⁶⁴ Merkel, Croissant 2000: 4.

⁶⁵ Vgl. Stellungnahme der Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vor den Wahlen in Georgien, 27.04.2004.

lauf nicht vorhersehbar ist. Die Situation vor den Parlamentswahlen 2003 und der Rosenrevolution macht deutlich, dass in Georgien die Transition hin zu einem demokratischen System bereits vollzogen, gleichwohl aber noch keine Konsolidierung stattgefunden hat. Die demokratischen Institutionen waren (und sind) vielmehr von Instabilität und Ineffizienz gekennzeichnet.⁶⁶

Das, was gelegentlich abschätzig als „formale Demokratie“ bezeichnet wird (Verfassungsordnung, Wahlen, Institutionen) ist die wesentliche Voraussetzung und das Medium des demokratischen Prozesses und hat insofern Wert an sich. In der Transformationsforschung wird aber auch zunehmend die Rolle herausgehoben, die die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen für das Gelingen der Demokratisierung spielt. Die Demokratisierung eines Landes bemisst sich folglich nicht nur an den formalen bzw. staatlichen Strukturen, sondern auch an den Gesellschaftsstrukturen. Demokratische Staaten brauchen, um andauern zu können, eine demokratische Alltagskultur und entsprechende öffentliche Foren. Diese demokratische Alltagskultur wird seit den 80er Jahren in der politischen Theorie als „Zivilgesellschaft“⁶⁷ bezeichnet. Da es für die Beantwortung der Frage, ob die Rosenrevolution Resultat des fortschreitenden Demokratisierungsprozess und das Erstarken der Zivilgesellschaften war, wesentlich ist, soll im folgenden die Zivilgesellschaft Georgiens genauer betrachtet werden.

5.3. Zivilgesellschaften

Zunächst einmal muss betont werden, dass die Rolle der Zivilgesellschaften in einem Transformationsprozess in der Transformationsforschung selbst umstritten bzw. noch nicht fundiert belegt ist. So bemerken etwa Cohen und Arato: “The exact role of civil society in the process of initiating the transition remains in some dispute.”⁶⁸ Dem Beitrag von Lauth/Merkel zufolge bemühe sich die Transformationsforschung zudem „noch nicht hinreichend um eine theoretische Integration der Zivilgesellschaftskonzepte in den Gesamtverlauf von Systemwechseln“⁶⁹. Es ist aber davon auszugehen, dass das Vorhandensein einer Zivilgesellschaft die Stabilität und Dauerhaftigkeit einer jungen Demokratie positiv zu beeinflussen vermag: Zivilgesellschaft stärkt demokratische Partizipationsgewohnheiten und politische Kultur und fördert eine pluralistische Interessenvermittlung, da sie das Informationsmonopol autoritärer Regime

⁶⁶ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2003.

⁶⁷ Um das theoretische Konzept ‚Zivilgesellschaft‘ zu verstehen, so wie es heutzutage diskutiert wird, kann man zwei Traditionsstränge unterscheiden. Zum einen die angelsächsische Tradition (mit Vertretern wie Lord Dahrendorf) und die zumeist auf den italienischen Theoretiker Antonio Gramsci beruhende Tradition. Vgl. Reinfeldt 1997, 18 f.

⁶⁸ Cohen 1992, 48. Vgl. auch Schmitte 1993, 1.

⁶⁹ Lauth, Merkel 1997: 12.

bricht. Zivilgesellschaften steigern, wenn auch nur sachbereichsspezifisch, die Aufklärung der Bevölkerung, erzeugen eine Transparenz der politischen Prozesse, die der Gesellschaft deren Korrektur erleichtert.⁷⁰

In Georgien hatte sich die Zivilgesellschaft besser entfalten können als in den anderen Staaten des GUS-Raums.⁷¹ Sie füllte in mancher Hinsicht die Lücken, die das schwache Parteiensystem hinterließ. NGOs interagierten mit Medien, Parteien und Parlamentsabgeordneten und lehnten sich politisch an den Parteiflügel der *Bürgerunion* an. Meinungs- und Pressefreiheit wurden unter Schewardnadse weitgehend gewährt, sieht man von vereinzelt Übergriffen auf Journalisten und von der Situation in Adscharien ab. Meinungsvielfalt bestand und besteht insbesondere im Bereich der Printmedien – es dominieren die unabhängigen Zeitungen – die jedoch auf Grund der angespannten ökonomischen Situation der Bevölkerung nur eine geringe Verbreitung aufweisen. Die Bevölkerung informiert sich überwiegend über Radio und Fernsehen. Auch in diesem Sektor gab es ein relativ hohes Maß an Regierungsunabhängigkeit. Allerdings werden insbesondere auf der lokalen Ebene loyale Sender durch Gewährung finanzieller Vorteile zum Teil massiv privilegiert. Kritische Beiträge werden teilweise gewaltsam sanktioniert. Lexo Chubulawa formuliert die Probleme bei der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen folgendermaßen: „Der Informationsfluss funktioniert in Georgien nicht“. Chubulawa gründete vor einigen Jahren eine NGO – die *Public Interest Protection League (PIPL)*, welche vor allem die Kommunikationsstrukturen für die regionalen Bürgerinitiativen verbessern will. „Zeitungen können sich die meisten Leute nicht leisten. Sie beziehen ihre Informationen aus dem Fernsehen, denn das ist kostenlos. Aber NGOs können sich keine Fernsehwerbung leisten.“⁷² Außerdem seien die meisten NGOs schlecht oder gar nicht im Internet präsent oder würden ihre Webseiten nicht an die sogenannten Suchmaschinen weitergeben.

Auch werden NGOs und ihre Mitarbeiter – auch nach der Rosenrevolution – punktuell immer wieder zu Opfern gewaltsamer Übergriffe.⁷³ Dem Staat konnte und kann dabei zwar keine direkte Beteiligung nachgewiesen, aber doch eine mangelnde Entschlossenheit bei der Aufklärung attestiert werden. Dadurch wird einmal mehr deutlich, dass die Konsolidierung der

⁷⁰ Schmidt, Take 1997: 12-20.

⁷¹ In Bezug auf „civil society“ erteilt Freedom House Georgien im Jahr 2003 auf einer Skala von 1 bis 7 die Note 4,00. Besser schneiden hier im GUS-Raum nur noch Armenien und die Ukraine mit jeweils 3,5 ab. Vgl. Karatnycky u.a. 2003, 268.

⁷² Zitiert nach Ahnert, 25.08.2000.

⁷³ Vgl. Mackedon, 11.08.2004; Vgl. auch Internationale Gesellschaft für Menschenrechte 1999.

Zivilgesellschaften langfristig bleibt und „die Achillesverse einer formalen Demokratie ist“⁷⁴. Die Schwächen der zivilgesellschaftlichen Initiativen in Georgien liegen insgesamt in ihrer starken Abhängigkeit von ausländischer Finanzierung, ihrer Konzentration auf die Hauptstadt Tiflis und ihrer entsprechend unterentwickelten Präsenz in der Provinz begründet.⁷⁵ Es bleibt dennoch insgesamt festzuhalten, dass es ein relativ dichtes Netz von politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Georgien gibt. Die Zivilgesellschaft ist– im Vergleich zu anderen GUS-Staaten – sehr gut entwickelt.

5.4. Die Rolle der Zivilgesellschaften in der Rosenrevolution

Das Erstarken der georgischen Zivilgesellschaft und ihre Bedeutung im Transformationsprozess wurden bereits mit den Straßendemonstrationen während der Regierungskrise im Herbst 2001 offenbar. Diese Zivilgesellschaft bildete auch die Basis für die Massenproteste nach der manipulierten Wahl im November 2003. Da die Georgier seit Jahren von Schewardnadse enttäuscht waren, hatte es Michail Saakaschwili leicht, seine Anhänger zu mobilisieren. Mit Wahlkampfparolen wie „Schewardnadse muss weg“ und dem Versprechen, dem Volk „das von Schewardnadses Clan gestohlene Eigentum zurückzugeben“, gewann er schnell Zustimmung.⁷⁶ Die Bevölkerung, die sich von den Wahlen einen politischen Neuanfang erhoffte, war durch den erneuten Versuch der Wahlmanipulation empfänglich für die Parolen der Opposition, ging auf die Straße und stürmte das Parlament. Letztendlich hat dieses zivilgesellschaftliche Engagement funktioniert.

6. Internationale Einflüsse auf Georgien

6.1. Die Vorwürfe

Aber es gibt auch andere Ansichten: „Es gab von Seiten der Regierung jede Menge Verschwörungstheorien: die Stimmung im Volk wäre manipuliert worden. Das ist absurd“, sagt Giga Bokeria vom *Liberty Institute*.⁷⁷ Die Finanzierung der maßgeblich am Umsturz beteiligten Personen⁷⁸ und gesellschaftlichen Gruppen durch das westliche Ausland wurde stark kriti-

⁷⁴ Zitiert nach Dr. Hans-Georg Wieck im Seminar „Die Entwicklung demokratischer Staats- und Gesellschaftsstrukturen in Osteuropa“ an der Freien Universität Berlin am 16. Februar 2005.

⁷⁵ Ende 2001 gab es in Georgien rund 3800 „Vereine“ oder „Assoziationen“. Das Justizministerium, das nur Stiftungen registriert, erfasste Mitte 2002 859 dieser Organisationen. In der Bevölkerung wird laut Meinungsumfragen die Bedeutung des NGO-Sektors allerdings als niedrig eingeschätzt. Nähere Angaben zu diesem Sektor: Karatnycky u.a. 2003, 268-270.

⁷⁶ Manutscharjan 2003a, 19.

⁷⁷ Zitiert nach Kulturreport (NDR), 25.01.2004.

⁷⁸ Die einstige Opposition und heutige Regierung repräsentiert den westlich beeinflussten Teil der Gesellschaft. Michail Saakaschwili selbst wurde in den USA ausgebildet, und war dort als „Anwalt und Lobbyist der Öl-

siert. Auch in Westeuropa wurde die „Rosenrevolution“ auffallend häufig im Zusammenhang mit der Finanzierung und Organisation durch die US-amerikanische Administration und amerikanische NGOs bewertet.⁷⁹ Der eingangs erwähnte Artikel in der *Washington Post* sowie der *Guardian*-Artikel beschreiben den Aufstand als einen vom Westen organisierten Putsch, „ein gut geplantes Drama mit Saakaschwili als von den Amerikanern ausgewähltem Hauptdarsteller“⁸⁰, bei dem die Georgier lediglich als Statisten oder Gäste einer gigantischen Straßenfete mitwirkten.

Schewardnadse selbst hat für seinen Sturz vor allem den amerikanischen Botschafter in Georgien, sowie den amerikanischen Multi-Milliardär George Soros verantwortlich gemacht. Zielgerichtet hätten amerikanische Organisationen monatelang, namentlich das *Open Society Institute*, seinen Sturz vorbereitet.⁸¹ Diese vom amerikanischen Milliardär George Soros finanzierte Organisation⁸² habe Millionen von Dollar ausgegeben - für *Kmara-3*, so der Name des Plans für den Sturz des Präsidenten. Was ist dran an diesem Vorwurf?

Der Mäzen George Soros engagiert sich tatsächlich in mehr als zwei Dutzend Stiftungen rund um die Erde für Demokratie und offene Gesellschaften.⁸³ Er finanziert mit seiner *Open Society*-Stiftung eine ganze Reihe von Projekten in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und des Ostblocks.⁸⁴ Auch die eingangs erwähnten Gruppen, welche am Wahltag des 2. November 2003 die alternativen Wählerbefragungen durchgeführten hatten, sind zum Teil durch von der Soros' *Open Society Georgia Foundation*⁸⁵ finanziert. Namentlich *Fair Elections* und *The Global Strategy Group*. Das *Open Society Institute* ist außerdem einer der Hauptgeldgeber des *Liberty Institute*, einer Organisation mit engen Verbindungen zu Michail Saakaschwili und einer der Hauptorganisatoren der Straßenproteste. Soros finanzierte auch einige der Medien, welche die Opposition unterstützten⁸⁶, und hat – nach Berichten in georgischen Medien – die

branche“ tätig, bis er nach Georgien zurückkehrte und zum Justizminister der Regierung Schewardnadses ernannt wurde. Vgl. Cheterian, 16.01.2004.

⁷⁹ Vgl. “funded and organised by the US government, deploying US consultancies, pollsters, diplomats, the two big American parties and US non-government organizations.” Zitiert nach: The ‘Orange Revolution’: US-Engineered Coup or European Model of Peaceful Revolution?, 03.12.2004.

⁸⁰ Zitiert nach Ascherson, 08.04.2004.

⁸¹ Vgl. Wehner, 01.12.2003.

⁸² Vgl. www.soros.org.

⁸³ Näher zu George Soros: Landmesser, Detlef: George Soros – der Megaspekulant.

⁸⁴ Rund eine Milliarde Dollar soll er über sein *Open Society Institute* in die russische Wissenschaft und Bildungsinstitutionen sowie mehrere Millionen in den Aufbau der Zivilgesellschaften Ungarns, Polens und Georgiens investiert haben. Bessonow, 03.12.2003.

⁸⁵ Andere Geldgeber waren die Eurasia Foundation (finanziert z.T. von USAID) und The British Council. Vgl. <http://osgf.ge/> und www.espf.org/?m=news&id=38, 15.01.2005.

⁸⁶ McKinnon, 26.11.2003.

georgische Studentenorganisation *Kmara* (Genug!) mit 500.000 US-Dollar Anschubfinanzierung unterstützt.⁸⁷ Eduard Schewardnadse sieht sich deshalb als Opfer einer Verschwörung: „Es wurden alle Voraussetzungen für meinen Rücktritt geschaffen. Denn man wußte, daß ich nicht schießen lassen werde und das hat man ausgenutzt“, so Schewardnadse.⁸⁸

Aber nicht nur der gestürzte georgische Präsident hat die Einflussnahme durch die USA postuliert. Auch der russische Außenminister Igor Iwanow, der bei dem Machtwechsel zwischen Regierung und Revolutionsführern vermittelte⁸⁹, hatte die Vereinigten Staaten angegriffen und vor allem den US-Botschafter in Georgien [Richard Miles, Anm. JK] der Einflussnahme bezichtigt.⁹⁰ Richard Miles hatte unmittelbar nach den Wahlen erklärt: „Es ist das Recht der Opposition, gegen den Wahlausgang zu protestieren“⁹¹. Diese Äußerung kann klar als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des souveränen Georgiens gesehen werden und spielte bei der Entwicklung der Ereignisse möglicherweise eine gewisse Rolle, wenn sie Einfluss auf die Entschlossenheit der Opposition und der Wähler, deren Stimmen manipuliert worden waren, genommen hat.

Diese klar adressierten Vorwürfe Schewardnadses führen zu den folgenden Fragestellungen: Inwiefern ist die internationale Einflussnahme auf Demokratisierungsprozesse überhaupt möglich? Wenn ja, hat eine solche – konkret im Falle Georgiens – tatsächlich stattgefunden. Trifft also der oft postulierte Vorwurf des „von den USA erkaufte Putsch“ zu?

6.2. Westliche Demokratieförderung

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa⁹² und in der Sowjetunion, hat grundsätzliche Fragen bezüglich der Rolle internationaler Einflüsse auf den Prozess der Demokratisierung wieder in den Mittelpunkt gestellt. Mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Entstehung von ungefähr zwanzig neuen Staaten zu Beginn des Jahres 1992 erhielt die Rolle

⁸⁷ Die kanadische Zeitung *Globe and Mail* berichtete sogar von 50 Millionen Dollar, die an *Kmara* gegangen sein sollen, vgl. McKinnon, 26.11.2003. Das *Open Society Institute* finanzierte auch den Austausch von Erfahrungen zwischen serbischen *Otpor*-Aktivisten, die eine Rolle bei der Überwindung des Milosevic-Regimes spielten, und *Kmara*- sowie *Liberty Institute* Aktivisten. Vgl. Baker, 25.11.2003.

⁸⁸ Zitiert nach Wehner, 01.12.2003.

⁸⁹ Vgl. Deutsche Welle 2003, 31.

⁹⁰ Moskau zeigte sich brüskiert von der „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ der Kaukasusrepublik, verzichtete aber zunächst darauf, die USA namentlich zu erwähnen. Erst mit einiger Verzögerung sprach Außenminister Iwanow davon, die Amerikanern hätten sich für den Abgang Schewardnadses eingesetzt. Deren Botschaft in Tiflis sei an der Vorbereitung der „Rosen-Revolution“ beteiligt gewesen. Vgl. Manutscharjan 2003b, 26.12.2003.

⁹¹ Zitiert nach: „Die Brutalitäten einfach übersehen“, 11.11.2003.

⁹² Osteuropa meint hier die früheren kommunistischen Länder Ostmitteleuropas und des Balkans.

internationaler politischer und ökonomischer Variablen zur Unterstützung der anhaltenden Entwicklung und Konsolidierung repräsentativer Regierungssysteme und Marktwirtschaften für den Westen einen bedeutenden Stellenwert. Hier waren äußerst wichtige humanitäre, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen als abhängig vom langfristigen Erfolg der Transformation erkannt worden. Es gab zahlreiche internationale Bemühungen, die Konsolidierung postkommunistischer Demokratien zu fördern. Direkte politische Unterstützung boten beide, die Vereinigten Staaten und die EU und beide in Form von staatlichen Programmen wie auch in Form eines breiten Spektrums privater und halbprivater Institute.⁹³

6.2.1. Unterstützung durch die Vereinigten Staaten

Mit dem Programm „Unterstützung für Osteuropäische Demokratie“ begründeten die USA kurz nach den 1989er Revolutionen ein direktes Demokratisierungsprogramm, das zuerst eine Unterstützung bei der Durchführung der ersten freien Wahlen bot und später bei der Bildung zahlreicher bürgerlicher Initiativgruppen hilfreich zur Seite stand. Unterstützung gab es bei diesen Programmen von *USAID*, der *National Foundation for Democracy* und anderer staatlicher Stellen. Die USA halfen so bei der „Entwicklung einer Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen, von privaten Medien über Wahlforschungsorganisationen bis zu neuen politischen Parteien“⁹⁴ und förderten kulturelle, studentische und wissenschaftliche Austauschprogramme. Der größte *privat* finanzierte Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie in Osteuropa kam von der bereits erwähnten Soros-Stiftung. Zwischen 1992 und 2000 erhielt Georgien von den (offiziellen Behörden der) USA Hilfe in Höhe von 778 Millionen Dollar und entwickelte sich damit in den 1990er Jahren zum zweitgrößten Empfänger von US-Hilfe nach Israel.⁹⁵ Aber es wird auch zunehmend deutlich, dass die Unterstützung der Zivilgesellschaften Georgiens durch die USA vor allem politisch und ökonomisch motiviert ist. Die Vereinigten Staaten haben weitgehende geopolitische und geoökonomische Ziele im Südkaukasus, nämlich eine Verbindung mit Zentralasien herzustellen und die Energieprojekte im kaspischen Raum umzusetzen, sowie ihren Einfluss darauf zu sichern.⁹⁶ Diese politisch strategischen und wirtschaftlichen Interessen lassen sich von den geostrategischen nicht trennen.⁹⁷ Denn im Vergleich zu früheren Hilfen ist seit 2001 die amerikanische Unterstützung

⁹³ Vgl. Quigley 1997.

⁹⁴ Guardian Weekly, 3.-10.1.04.

⁹⁵ Das amerikanische Engagement ist vielseitig und kann hier im Detail aus Platzgründen nicht erläutert werden. So erhält Georgien von den USA nicht nur finanzielle, sondern auch militärische Unterstützung. Allein im Jahr 2002 erhielt die Kaukasusrepublik von den USA 64 Millionen Dollar für militärische Zwecke. Vgl. Latzo, 11.02.2004.

⁹⁶ Vgl. Peuch, 27.02.2002; Brady, 30.07.2002.

⁹⁷ Vgl. Blank 1999.

weder direkt an Demokratisierungs- noch an Reformbedingungen geknüpft!⁹⁸ So sieht es auch Tomas Avenarius in seinem Artikel für die Süddeutsche Zeitung: „Die Unterstützung Saakaschwilis durch US-Fachleute spiegelt das geostrategische Interesse Washingtons an dem kleinen kaukasischen Agrarstaat wieder [...]“⁹⁹

6.2.2. Europäischer Einfluss

Bereits ein oberflächlicher Vergleich der US-amerikanischen Begründung der Demokratieförderung und der europäischen Position kommt zu einem interessanten Ergebnis: Während in den USA sicherheitspolitische und globalstrategische Konzeptionen im Vordergrund stehen¹⁰⁰, wird die europäische Diskussion entscheidend geprägt von entwicklungspolitischen Überlegungen.¹⁰¹ Die Politik der Europäischen Union und europäischer Organisationen (OSZE, Europarat u.a.) ist im Südkaukasus darauf ausgerichtet, Stabilität in der Region, Wirtschaftsentwicklung, Demokratisierung, Stärkung der Zivilgesellschaft sowie die Einhaltung der Menschenrechte zu fördern. Die EU leistet einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der regionalen Territorialkonflikte und engagiert sich in Kooperationsprojekten zur Stärkung administrativer Kapazitäten. Sie bietet technische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe durch multilaterale (va. TACIS) und bilaterale Programme und ist größter Geber im Südkaukasus.

6.2.3. Internationale Wahlbeobachtung

Infolge der demokratischen Wandlungsprozesse in Osteuropa hat vor allem die internationale Wahlbeobachtung an Bedeutung gewonnen und ist zu einem wichtigen Instrument westlicher Demokratisierungshilfe geworden. Die OSZE eröffnete in Warschau das *Büro für demokratische Einrichtungen und Menschenrechte (Office for Democratic Institutions and Human Rights, ODIHR)*, das Wahlbeobachtungsmissionen in den Mitgliedstaaten organisiert, Menschenrechtsprojekte implementiert und allgemein die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen beim Menschenrechtsschutz überwacht. Die OSZE spielte eine wichtige Rolle bei der Überwachung der Wahlen im November 2003 und Januar 2004 in Georgien. Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom November richtete das *Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)* eine Wahlbeobachtungsmission ein und die OSZE-Mission in

⁹⁸ Freitag-Wirringhaus 2002, 3.

⁹⁹ Avenarius, 07.05.2004; vgl. auch Koch, 07.05.2004, zitiert nach AG Friedensforschung 2004.

¹⁰⁰ Vgl. Diamond 1995, 1-8.

¹⁰¹ Ausführlich zum Diskurs: Friedrich-Ebert-Stiftung 1999.

Georgien übernahm eine Führungsrolle in den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, die Regierung Georgiens in zentralen Punkten zu beraten.¹⁰²

In ihrem Selbstverständnis als Berater und Beobachter offenbart sich aber auch eine Schwäche der OSZE¹⁰³: Wenn es in Staaten mit autoritären Regierungen zu Wahlmanipulationen kommt, muss dem staatlichen Handeln nachgewiesen werden, dass die Wahlergebnisse gefälscht wurden. Bloße Behauptungen durch oppositionelle Politiker oder zivilgesellschaftliche Gruppen reichen nicht aus. Für einen solchen Nachweis sind nationale, vernetzte Wahlbeobachtungssysteme notwendig, die eine alternative Wahlfeststellung möglich machen. Das Mandat der OSZE geht aber über die Schaffung von Rahmenbedingungen für Wahlen mit internationalen fairen Standards nicht hinaus. Sie hat einen ausschließlichen Berater- und Beobachtungsstatus und ist deshalb auch nicht in der Lage, eigene – parallel zu den staatlichen – Wahlergebnisse zu erfassen. Die OSZE und andere europäische Initiativen haben sich auch von einer *direkten* Unterstützung nationaler Wahlbeobachtungssysteme (durch Fonds o.ä.) distanziert. Als diplomatisches Instrument der Vertreter der Teilnehmerstaaten ist die OSZE nicht daran interessiert, den diskreten Prozess der Problem- und Konfliktlösung ins grelle Licht zu stellen.

Bei der Entwicklung politischer Strukturen in osteuropäischen Zivilgesellschaften gehen die USA weitaus offensiver und zielgerichteter vor. So hat die amerikanische Stiftung *National Endowment for Democracy* ein alternatives Wahlbeobachtungssystem entwickelt, welches der Zivilgesellschaft eines Landes ermöglicht, die Wahlen selbst systematisch zu verfolgen, Rechtsverletzungen zu identifizieren und den Gerichten vorzulegen. Konkret in Georgien wurden die Wählerbefragungen an den Wahllokalen, die zu einem alternativen Wahlergebnis führten, durch *Fair Elections* und *The Global Strategy Group* ermöglicht. Diese Organisationen werden direkt durch das *National Endowment for Democracy* und die Soros- Stiftungen, also durch die USA finanziert.¹⁰⁴

6.4. Grenzen und Risiken der Demokratieförderung

Diese unterschiedlichen Vorgehensweisen – die offensive Unterstützung der USA und die indirekte der europäischen Institutionen – macht die Risiken der Demokratieförderung sicht-

¹⁰² OSZE 2003, 94, 100 ff. Siehe auch Seite 8 dieser Arbeit bezüglich der westlichen Unterstützung bei der Reform des Wahlgesetzes in Georgien.

¹⁰³ Ausführlicher dazu: Lutz, Tudyka 2000.

¹⁰⁴ Darüber hinaus waren diese US finanzierten Wahlbeobachtungen bereits in Polen (1989), Serbien (2000) und zuletzt in der auch in der Ukraine (2004) erfolgreich. Vgl. US-Neocons finanzieren Destabilisierung der Ukraine, 3.12.2004.

bar. Das Ziel westlicher Politik, liberale Zivilgesellschaften aufbauen zu wollen, bedeutet in jedem Fall, dass die politische Situation eines Landes aktiv verändert werden soll. Dabei sind weder die zivilgesellschaftlichen Akteure, die dies wollen, noch ihre Förderer und Finanziere politisch ‚neutral‘, auch wenn sie einen Typ von Ideologie verkörpern (die liberale Demokratie), der sein Ideologisch-Sein andauernd verwischen möchte. Dabei ist außerdem schwer zu entscheiden, ob die direkte Einmischung in das Herrschaftssystem eines anderen Staates erfolgreicher ist als die indirekte. Jedenfalls ist sie schwieriger, vor allem, wenn sie offen und unmittelbar verfährt. Sie überschreitet dann nicht nur die territoriale Grenze, sondern mischt sich sichtbar ein. Dadurch entsteht unweigerlich der Verdacht der Außensteuerung.

7. Fazit

So bleibt zum Schluss der Versuch, die eingangs gestellte Frage zu beantworten. Zunächst wurde folgendes deutlich: In Georgien hat eine friedliche Revolution mit Unterstützung der Zivilgesellschaften stattgefunden. Durch die Aufdeckung der Wahlmanipulation und Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten wurde der friedliche Machtwechsel möglich. Die Zivilgesellschaft Georgiens hat – in Form von Oppositionspolitikern, der Studentenbewegung *Kmara*, den regierungsunabhängigen Medien im Vorfeld der Wahlen, der Menschen die gegen den Ausgang der Wahlen protestierten und das Parlamentsgebäude stürmten etc. – unbestritten einen gewichtigen Anteil an der Revolution gehabt.

Der Regimewechsel von Schewardnadse zu Saakaschwili und seinen Mitstreitern im Gefolge der Rosenrevolution erzeugte in Georgien auch einen Schub an Zustimmung für einen politischen Neubeginn. Der in seiner Höhe kaum zu übertreffende Wahlsieg lässt vor allem erkennen, dass die gesamte Bevölkerung hohe politische Erwartungen in Saakaschwili setzt. Die zukünftige politische Entwicklung Georgiens ist deshalb zunächst einmal eng mit der Person Saakaschwilis verbunden, der es verstanden hat, mit populistischen Losungen breiten Zuspruch bei allen Schichten der Gesellschaft zu finden. Seine nächsten politischen Maßnahmen werden zeigen, ob es ihm gelingen wird, Lösungen für die schwierigen Probleme des Landes zu finden und die Demokratisierung voranzutreiben. Es bleibt auch festzuhalten, dass Georgien seit dem November 2003 aus einer Phase tiefer Stagnation und Resignation erwacht ist. Die neue Regierung signalisiert der Bevölkerung einen Willen zum politischen Handeln, der dem Ancien régime völlig abhanden gekommen war.

Gleichwohl kann man die finanzielle und ideelle Förderung der Demokratiebewegung in Georgien durch politische Stiftungen und sympathisierende Staatsvertreter der USA und der europäischen Union als „ausländische Einmischung“ einordnen. Die bloße verbale Unterstützung durch Richard Miles etwa sollte dabei nicht überwertet werden. Sie spielte bei der Entwicklung der Ereignisse sicherlich eine gewisse Rolle und hatte Einfluss auf die Entschlossenheit der Opposition und der Wähler, deren Stimmen manipuliert worden waren. Dennoch bleibt es unwahrscheinlich, dass allein die Aussagen Richard Miles' die Menschen in Georgien auf die Straßen gebracht und damit für die Rosenrevolution entscheidend gewesen sein soll.¹⁰⁵ Auch Saakaschwili betonte, die Amerikaner hätten den Georgiern nur geholfen, demokratische Wahlen zu organisieren und durchzuführen. Hilfreich sei es zwar gewesen, dass Washington per Regierungserklärung die Fälschung der Parlamentswahl verkündet und damit vor aller Welt bestätigt habe. Dessen ungeachtet habe ihm die US-Botschaft in Tiflis den Sturm auf das Parlamentsgebäude aber nicht nahe gelegt. „Im Gegenteil. Die USA haben uns von Massendemonstrationen und Protesten abgeraten. Sie wollten auch nicht, dass wir den Rücktritt Schewardnadses fordern. Ich bin davon überzeugt, dass die Amerikaner keinen Plan für den Fall in der Schublade hatten, dass Schewardnadse geht.“¹⁰⁶ Und er betont: „Ich verwahre mich entschieden dagegen, in Georgien habe ein pro-amerikanischer Putsch stattgefunden. Wir sind eine Bewegung mit europäischer Orientierung und abendländischen Werten.“¹⁰⁷

Es gibt eine Vielfalt von Faktoren, die für die Rosenrevolution verantwortlich waren und die hier nur umrissen werden konnten. Dabei handelt es sich sowohl um innenpolitisch Faktoren, wie die Versäumnisse und Missstände in der Politik Schewardnadses und die sich entwickelnde und ihren Einfluss geltende machende Zivilgesellschaft, aber auch äußere Faktoren, wie die internationalen Einflüsse auf den gesamten Transformationsprozess (wirtschaftlich, militärisch, humanitär, politisch etc.) Georgiens. Die westliche Demokratieförderung hatte ihrerseits Auswirkungen auf die internen Faktoren des Landes, wie am Beispiel der Wahlbeobachtung gezeigt werden konnte.

Lässt sich nun die westliche Demokratisierungshilfe bzw. die Rolle der georgischen Zivilgesellschaften in der Rosenrevolution überhaupt derart quantitativ messen und gegeneinander

¹⁰⁵ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Richard Miles von 1996 bis 1999 Botschafter in Jugoslawien war (vgl. <http://georgia.usembassy.gov/ambassador.htm>, 15.02.2005) und dort die Vorarbeit am Sturz des Präsidenten Milosovic geleistet hatte (vgl. www.globalsecurity.org/military/ops/gtep.htm, 15.02.2005).

¹⁰⁶ Zitiert nach Manutscharjan 2004.

¹⁰⁷ Manutscharjan 2004.

aufwiegen? O' Donnell und Schmitter haben ertragreiche Studien über demokratische Transformationen vorgelegt: Eine ihrer stichhaltigsten Schlussfolgerungen ist die, die auf jeden von ihnen untersuchten Fall zutrifft: „Innenpolitische Faktoren spielen eine beherrschende Rolle bei der Transformation [...] Es vollzieht sich kein Wandel, dessen Anfang nicht die Konsequenz – direkt oder indirekt – aus bedeutenden Uneinigkeiten innerhalb des autoritären Regimes selbst ist.“¹⁰⁸ Selbst jene späteren Kommentatoren, die die Rolle internationaler Faktoren detailliert aufzeigten, bestätigten die maßgebliche Bedeutung innenpolitischer Konflikte und Koalitionen.¹⁰⁹ So hat auch Tetzlaff für das Gros der Transformationsprozesse festgehalten, „daß sich der demokratische Wandel nicht primär als bloße Anpassungsreaktion auf internationale Anforderungen ereignet hat [...] Vielmehr ist die Dominanz interner Faktoren das Besondere an diesem Vorgang: unzufriedene und konfliktfähige Gruppen protestieren gegen Willkürherrschaft und konnten [...] staatliche Schikanen aufheben und Verfassungsänderungen durchsetzen.“¹¹⁰

Trotz der internationalen Einflussnahme kann die Rosenrevolution deshalb als ein Resultat des fortschreitenden Demokratisierungsprozesses gesehen werden, an dem die georgische Zivilgesellschaft einen großen Anteil hatte. Denn in meinen Augen gilt auch der weise Satz von Karl Marx: „Eine Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.“¹¹¹ Es war und bleibt die demokratische Idee, die das Volk Georgiens in Bewegung gesetzt hat.

8. Ausblick

Es wurde in dieser Arbeit auch deutlich, dass die Europäische Union generell nur zögerlich Oppositionskräfte und Zivilgesellschaften der osteuropäischen Transformationsländer unterstützt. Sie geht in erster Linie den Weg über die Regierungen, um diese zu einer demokratischen Gesetzmäßigkeit zu motivieren. So hat es die OSZE und das ODIHR in der Vergangenheit versäumt, Wahlbeobachtungssysteme zu entwickeln und zu etablieren, die in autoritären Systemen den Zivilgesellschaften bzw. Oppositionskräften eine eigene, selektive Wahlergebnisfeststellung ermöglicht hätte. Bei der Entwicklung politischer Strukturen in osteuropäischen Zivilgesellschaften gehen die USA im Vergleich deutlich zielgerichteter vor als Europa. Das relativiert den eingangs postulierten und an die USA adressierten Vorwurf des „erkauften

¹⁰⁸ O'Donnell, Schmitter 1986: 19.

¹⁰⁹ Internationale Faktoren wurden als Katalysatoren oder Trigger für innenpolitische Prozesse gedeutet. Pridham 1994, 7-31.

¹¹⁰ Tetzlaff 1997, 352.

¹¹¹ Marx 1976, 385.

Putsches“. Die eigentliche Brisanz des Themas bleibt die „ausländische Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Dieser Hauch von „Fremdbestimmung“ verflüchtigt sich nur, wenn beim Adressaten das politische System und sein gesellschaftliches Umfeld ohnehin bereits auf den Prozess der Demokratisierung eingeschworen sind. Deswegen ist es besser, die direkten mittelbaren Strategien solchen Akteuren zu überlassen, die von diesem Verdacht frei sind. Das sind NGOs, gemeinnützige Stiftungen und – vor allem – die große Menge gesellschaftlicher Akteure. Sie sind die idealen Träger einer völlig staatsfreien Demokratisierungsstrategie. Über die Zivilgesellschaft der Länder selbst müssen in den Ländern die markanten Ecksteine demokratischer Ordnung gefordert und diskutiert werden. Was liegt also näher, als diese Verbände aus den Bereichen Wirtschaft, Religion, Kultur, Medien, Gewerkschaften, Frauen-Vereinigungen, Studenten- und Jugendgruppen zu animieren, im kontinuierlichen Kontakt mit ihren Partnern in den Demokratisierungsländern deren Position dort zu stärken. Europäische Institutionen und Regierungen sollten sich über unabhängige Stiftungen aktiv um die Förderung alternativer politischer Strukturen in den nachsowjetischen zivilen Gesellschaften bemühen.

LITERATURVERZEICHNIS

- AG Friedensforschung (2004): Georgien: Saakaschwili „erobert“ die abtrünnige Provinz Ad-scharien. Wettrennen ums Öl: Die USA sind erfreut - Moskau hat das Nachsehen. Abrufbar unter <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Georgien/adscharien.html>.
- Ahnert, Katrin (2000): Seide, die durch Rohre fließt, in: Grüne Liga Berlin e.V. (Hg.): Der Rabe Ralf, Umweltabhängiges Monatsblatt, Nr. 89, August 2000, 20-21. Abrufbar unter http://www.grueneliga-berlin.de/rabe_ralf/rabe_archiv_2000/08_2000/seide.html.
- Alexandrova, Olga; Götz, Roland; Halbach, Uwe (Hg.) (2003): Russland und der postsowjetische Raum. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Ascherson, Neal (2004): Georgien nach der Revolution. Die ersten Europäer von Tiflis, in: *Le Monde diplomatique*, Nr. 7330, 8.04.2004, 9-11.
- Baker, Peter (2003): Tbilisi's "Revolution of Roses" Mentored by Serbian Activists, in: *The Washington Post*, 25.11.2003. Abrufbar unter www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A11577-2003Nov24.html.
- Bernath, Markus (2004): Fluch der schwarzen Löcher, in: *Freitag*, Nr. 29/30, 09.07.2004. Abrufbar unter <http://www.freitag.de/2004/29/04291101.php>.
- Bessonow, Roman (2003): Soros, Stalin und eine Gallone Wein, in: *Neue Solidarität*, Nr. 49, 3.12.2003. Abrufbar unter <http://www.solidaritaet.com/neuesol/2003/49/georgien.htm>.
- Blank, Stephen J. (1999): The United States. Washingtons New Frontier in the Transcaspien, in: Croissant, Michael P.; Aras, Bülent: *Oil and Geopolitics in the Caspian Sea Region*. Westport, Conn. & London: Praeger Publishers, 249-273.
- Brady, Thomas (2002): Georgia Invites United States to Chart its own Policy, 30.07.2002. Abrufbar unter <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav072902a.shtml>.
- Cheterian, Vicken (2004): Der Südkaukasus nach der Wahl in Georgien. Auf dem Weg nach Westen und zurück, in: *Le Monde diplomatique*, Nr. 7259, 16.01.2004, 6-7.
- Christophe, Barbara (2000): Georgien: „Das kaukasische Trugbild“, in: *Der Überblick. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit*, 4/2000, 71-76.
- Cohen, Jean L.; Arato, Andrew (1992): *Civil Society and Political Theory*. Cambridge: MIT Press.
- Croissant, Aurel; Thiery, Peter (1999): *Demokratien und Defekte Demokratien. Zur konzeptionellen Revision des Demokratiebegriffs in der Transformationsforschung*. Arbeitspapier der Forschungsgruppe „Defekte Demokratien“. Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

- Czerwick, Edwin; Rzchiladse, Gulbaat (2004): Nach der „Rosenrevolution“. Aufbruchstim-
mung in Georgien, in: Die Politische Meinung, Nr. 411, 2/2004, 83-87.
- Deutsche Welle (Hg.) (2003): Die „Rosenrevolution“ in Georgien. Das Ende der Ära Sche-
wardnadse. Dokumentation von DW-Monitor Ost-/Südosteuropa, Bonn. Abrufbar un-
ter http://www.dw-world.de/popups/popup_pdf/0,,856023,00.pdf.
- Diamond, Larry (1995): Promoting Democracy in the 1990s: Actors And Instruments, Issues
And Imperatives. A Report To The Carnegie Commission On Preventing Deadly Con-
flict. New York: Carnegie Corporation of New York.
- Dieset, Hans (2004): Georgia: Parliamentary Elections 2003-2004. Abrufbar unter
<http://www.humanrights.uio.no/forskning/publ/nr/2004/07.pdf>.
- Dornblüth, Gesine (2004): Kampf um den Machterhalt. Georgien vor den Parlamentswahlen,
in: Deutschlandfunk, 16.12.2004. Abrufbar unter
<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/197580/>.
- Fein, Elke; Matzke, Sven (1997): Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Trans-
formation in Osteuropa, in: Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft, Ost-
europa-Institut der Freien Universität Berlin, Heft 7.
- Freitag-Wirminghaus, Rainer (2002): Zentralasien und der Kaukasus nach dem 11. Septem-
ber: Geopolitische Interessen und der Kampf gegen den Terrorismus, in: Aus Politik
und Zeitgeschichte, B 8/2002, 3-13.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) (1999): Das mühsame Geschäft der Demokratisierung. Kon-
zepte und Erfahrungen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der
Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Gelaschwili, Naira (1993): Georgien – Ein Paradies in Trümmern. Mit Gesprächen zwischen
Eduard Schewardnadse und der Autorin, Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag.
- Halbach, Uwe (1994): „Failing States“? Nationale, staatliche und ökonomische Festigkeit der
südlichen GUS-Länder (Teil I), in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftli-
che und internationale Studien, 20/1994, 1-34.
- Hans, Julian (2003): „Lieber ein armer Mafioso in Freiheit als ein reicher in Haft“. Georgiens
Staatschef Saakaschwili im Interview, in: Spiegel Online, 26. November 2003. Abruf-
bar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,329201,00.html>.
- Huber, Martina (2004): State-building in Georgia. Unfinished and at Risk? Den Haag: Nether-
lands Institute of International Relations ‘Clingendael’.
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) (1999): Menschenrechtslage in der
Republik Georgien (GUS) 1999. Abrufbar unter
<http://www.igfm.de/georgien/report99D.htm>.
- Jandl, Michael (2003): Georgien: Wählen für die „1“. Abrufbar unter
<http://www.net4you.com/jandl/Georgia03/Georgia03wz.html>.

- Karatnycky, Adrian; Motyl, Alexander; Schnetzer, Amanda (2003): Nations in Transit 2003. Democratization in East Central Europe and Eurasia. Lanham - Boulder - Toronto u.a.: Rowman & Littlefield Publishers.
- Keatley, Charlotte (2003): A very Georgian coup, in: The Guardian, 6. Dezember 2003.
- King, Charles (2001): Potemkin Democracy. Four Myths about Post-Soviet Georgia, in: The National Interest, No. 64, 2001, 93-104.
- Kleymann, Britta: Bewährungsprobe für Georgien, 2.11.1003. Abrufbar unter <http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1017806,00.html> .
- Kommunikationsabteilung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (2004): Stellungnahme der Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vor den Wahlen in Georgien, 27.02.2004. Abrufbar unter http://www.coe.int/T/D/Kommunikation_und_politische_Forschung/Presse_und_Online_Info/Presseinfos/P2004/20040227-AP-Georgien.asp.
- Kulturreport (NDR), 24.01.2005: Revolution als Exportschlager. Printversion abrufbar unter http://www.ndrtv.de/kulturreport/revolution_als_exportschlager.html ;
- Ladwein, Thomas (2001): Nachrichten aus Georgien, in: Mitteilungsblatt der Berliner Georgischen Gesellschaft, 9-10/2001, 12-37.
- Landmesser, Detlev (2004): George Soros – der Megaspekulant, 16.04.2004. Abrufbar unter http://boerse.ard.de/content.jsp?key=dokument_53524.
- Latzo, Anton (2004): Die Anziehungskraft des Schwarzen Meeres, in: Junge Welt, 11.02.2004. Abrufbar unter <http://www.jungewelt.ipn.de/2004/02-11/003.php>.
- Lauth, Hans-Joachim; Merkel, Wolfgang (1997): Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 10, Heft 1, 12-34.
- Lutz, Dieter S.; Tudyka, Kurt P. (Hg.) (2000): Perspektiven und Defizite der OSZE, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Mackedon, John (2004): Saakashvili and the NGO Sector: Tensions over Human Rights-Related Issues, 11. August 2004. Abrufbar unter <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav091104.shtml>.
- Manutscharjan, Aschot (2003a): Georgien: Der erzwungene Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse. Ein Hintergrundbericht über eine lange politische Krise, in: KAS-AI 12/03, 4-32.
- Manutscharjan, Aschot (2003b): Feindliche Übernahme. Amerikas Einbruch in Russland südöstliche Flanke, in: Freitag, Nr. 02, 26.12.2003.
- Manutscharjan, Aschot (2004): Spagat zwischen USA und Russland. Michail Saakaschwili mit großer Mehrheit zum georgischen Präsidenten gewählt, in: Das Parlament, Nr. 03-04/2004.

- Marx, Karl (1976): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW, Band 1, Berlin (DDR): Dietz Verlag, 378-391.
- McKinnon, Marc (2003): Georgia revolt carried mark of Soros, in: The Globe and Mail, 26. November 2003. Abrufbar unter www.globeandmail.com/servlet/story/RTGAM.20031126.wx Soros1126/BNStory/.
- Merkel, Wolfgang; Croissant, Aurel (2000): Formale Institutionen und informale Regeln in defekten Demokratien, in: Politische Vierteljahresschrift, 41. Jg., 1/2000, 3-30.
- Mesurnischwili, Eter; Koplataidze, Anano (2003): „Rosenrevolution“ in Tbilissi. Chronik der Ereignisse. Abrufbar unter <http://www.kaukasische-post.de/KP44/pol2.htm>.
- Napiontek, Helmut Udo (1998): Krisenregion Kaukasus. Georgische Entwicklungsperspektiven vor dem Hintergrund von innerstaatlichen Konflikten, russischen Hegemonialansprüchen und „Petropolitics“. Eine Situationsanalyse. Hamburg: Ed. Temmen.
- O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C. (1986): Transitions from Authoritarian Rules. Tentative Conclusions about Uncertain Democracy. Baltimore: John Hopkins University Press.
- OSZE (Hg.) (2003): Jahresbericht über die Aktivitäten der OSZE 2003. Abrufbar unter http://www.osce.org/publications/osce/2004/10/10575_26_de.pdf.
- Peuch, Jean-Christophe (2002): What are the Motives for U.S. Sending Elite Troops?, Radio Free Europe / Radio Liberty, 27.02.2002. Abrufbar unter <http://resources.net.az/d/rn0202.htm#23>.
- Pridham, Geoffrey S. (1994): The International Dimension of Democratization. Theory, Practice, and Inter-Regional Comparisons, in: Pridham, Geoffrey; Herring, Eric; Sanford, George (Hg.): Building Democracy? The International Dimension of Democratisation in Eastern Europe. London: Leicester University Press, 7-31.
- Quigley, Kevin F. (1997): For Democracy's Sake. Foundations and Democracy Assistance in Central Europe. Washington, DC: The Woodrow Wilson Centre Press.
- Quiring, Manfred (2003): Tote Seelen für Georgiens Präsidenten Schewardnadse, in: Die Welt, 3.11.2003. Abrufbar unter <http://www.welt.de/data/2003/11/03/191516.html>.
- Radio Free Europe/ Radio Liberty (2003): Georgia: President Shevardnadze resigns, 23.11.2003. Abrufbar unter www.eurasianet.org/departments/insight/articles/pp112303.shtml.
- Reinfeldt, Sebastian (1999): Zivilgesellschaft und Gewalt, in: Ost-West Gegeninformationen, Jg. 11/1-99. Abrufbar unter www.gewi.kfunigraz.ac.at/csbsc/ostwest/11-1-99-Reinfeldt.htm.
- Schmidt, Hilmar; Take, Ingo (1997): Demokratischer und besser? Der Beitrag von Nichtregierungsorganisationen zur Demokratisierung internationaler Politik und zur Lösung globaler Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/97, 12-20.

Schmitter, Philippe C. (1993): Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy, in: Institut für Höhere Studien Wien (Hg.), Reihe Politikwissenschaft, Nr. 10, 1-14.

Sershen, Dan (2003): Chaotic election day in Georgia produces contradictory results, 3.11.2003. Abrufbar unter www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav110303.shtml.

Sharman, J.C.; Kanet, Roger E. (1998): Internationale Einflüsse auf den Demokratisierungsprozess in Osteuropa, in: Osteuropa, 11-12/1998, 1069-1085.

Stier, Ken (2003): Behind A Desk. Georgian Official Promises War On Corruption, 19.12.2003. Abrufbar unter www.eurasianet.org/departments/qanda/articles/eav121903_pr.shtml.

Tetzlaff, Rainer (1997) Das Demokratieverständnis in Afrika und Asien – Alternativen zur westlichen Norm? Überlegungen zur Universalisierung von Demokratie und Menschenrechten, in: Schlüter-Knauer, Carsten (Hg.): Die Demokratie überdenken. Festschrift für Wilfried Röhrich. Berlin: Duncker & Humblot, 345-370.

Wehner, Markus (2003):: Mein Sturz ist das Werk Amerikas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.12.2003.

Weitere Artikel ohne Autoren:

Bertelsmann Transformation Index 2003. Abrufbar unter http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/BTI-Brosch_re.pdf.

„Die Brutalitäten einfach übersehen“, in: Yeni Musavat. Abrufbar unter <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,1027727,00.html>.

“Georgia on brink of bankruptcy”, RUSNET, 24.05.2003. Abrufbar unter www.rusnet.nl/news/2003/05/24/currentaffairs03.shtml.

Spiegel Online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,276145,00.html>, 30.11.2003.

The Guardian Weekly, 3.-10.01.04.

The ‘Orange Revolution’: US-Engineered Coup or European Model of Peaceful Revolution?”, in: Democracy Digest, Vol. 1, No. 23, 3.12.2004. Abrufbar unter <http://www.demdigest.net/DD12-3-04new.html>.

The Wall Street Journal, 24.11.2003.

„US- Neocons finanzieren Destabilisierung der Ukraine“, 3.12.2004. Abrufbar unter <http://www.bueso.de/seiten/aktuell/03-12-04.htm>.

USAID: Georgia. Abrufbar unter <http://www.usaid.gov/pubs/cbj2002/ee/ge/>.